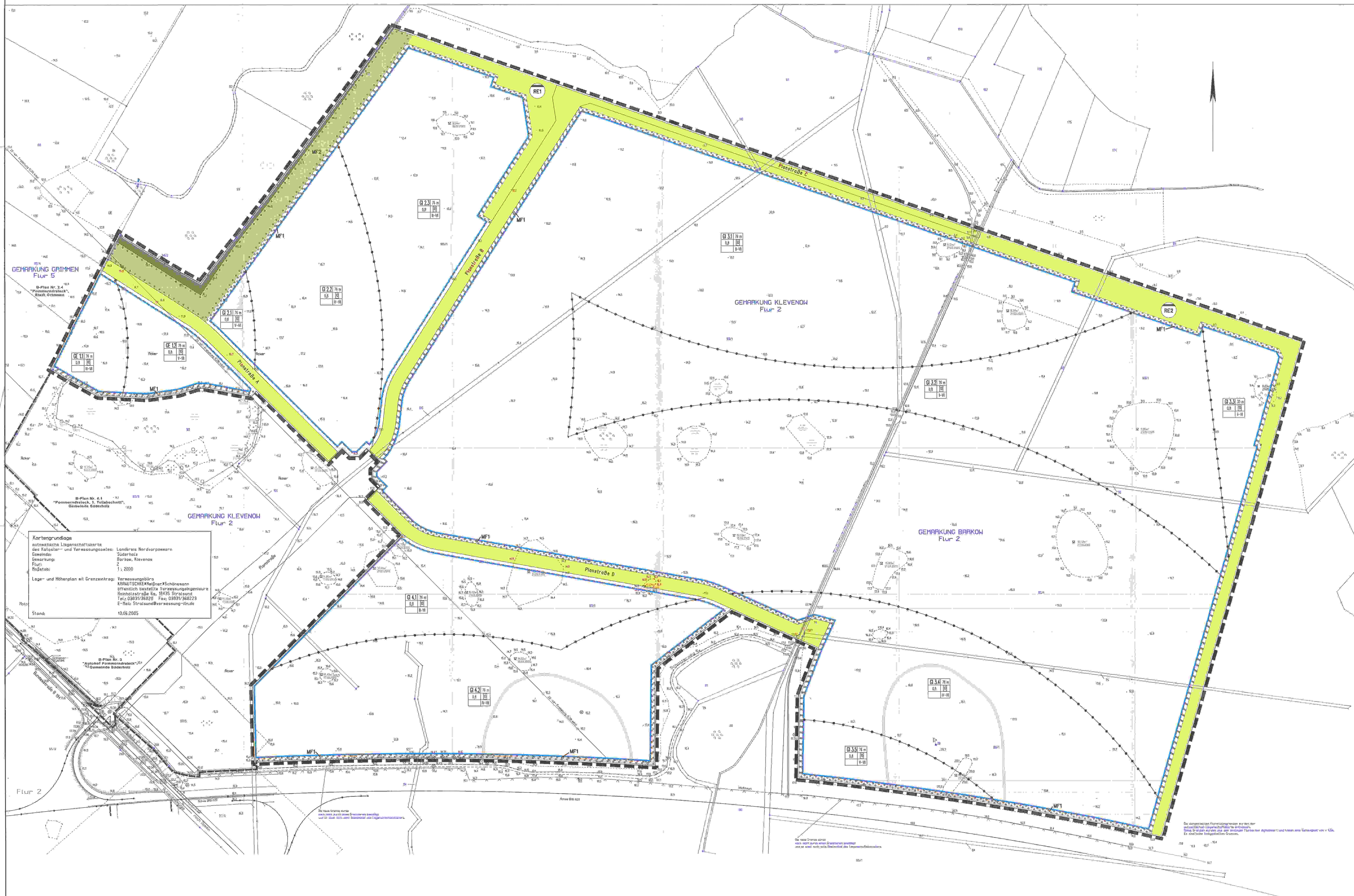


Bebauungsplan Nr. 4.2 "Pommerndreieck, 2. Teilabschnitt", Gemeinde Süderholz



Zeichenerklärung

Art der baulichen Nutzung
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

GE	Gewerbegebiet (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)
GI	Industriegebiet (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

Maß der baulichen Nutzung
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

Art der baulichen Nutzung/ Bezeichnung des Baugebietes	max. Höhe baulicher Anlagen in m über NN
Grundflächenzahl (GRZ) als Höchstmaß	Baumassenzahl (BRZ) als Höchstmaß
	Restriktionskategorie gemäß Bauordnungsverordnung

Bauweise, Baulinien, Baugrenzen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

Baugrenze (§ 23 BauWO)

Verkehrsflächen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

Straßenverkehrsfläche

Grünflächen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

offentliche Grünfläche

Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung
und Abwasserbeseitigung, sowie für Ablagerungen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 12, 14 BauGB)

Fläche für die Rückhaltung und Versickerung von
Niederschlagswasser (§ 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB)

Zweckbestimmung:
RE1 Anlagen zur Regenwasserbeseitigung mit Nr.

Flächen für die Landwirtschaft und Wald
(§ 9 Abs. 1 Nr. 19 BauGB)

Flächen für Wald

Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für
Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von
Natur und Landschaft
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)

Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von
Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe a)

MF1 Maßnahmenfläche mit Nr.

Regelungen für die Stadterhaltung und für den Denkmalschutz
(§ 9 Abs. 6 BauGB)

Nachrichtliche Übernahme: Bodenkataster

Sonstige Planzeichen

Grenze des baulichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans
(§ 9 Abs. 7 BauGB)

Begrenzung unterschiedlicher Nutzung
(§ 1 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 und § 16 Abs. 5 BauWO)

Bestandsangaben

Flurstückskennzeichen

Lagepunkt

Umgrenzung angrenzender Bebauungspläne

Hinweise

1. Für Bodendenkmale, die bei Erdbearbeiten zufällig neu entdeckt werden, gelten die Bestimmungen des § 11 DSchG Nr. 1. In diesem Fall ist die Untere Denkmalschutzbehörde unverzüglich zu benachrichtigen. Der Fund und die Fundstelle sind bis zum Eintreffen eines Mitarbeiter oder Bauunternehmens des Landesamtes für Bodendenkmalpflege in unverändertem Zustand zu erhalten. Die Verpflichtung erlischt fünf Monate nach Zugang der Anzeige. Die Untere Denkmalschutzbehörde kann in Bereichen mit dem zuständigen Landesamt die Frist in förmlicher Weise verlängern, wenn die archäologische Untersuchung oder die Beseitigung des Fundes erforderlich ist.
2. Gemäß § 9 (1) Bundesfernstraßengesetz (FStrG) dürfen längs der Bundesautobahn II 20 Hochbauten jeder Art in einer Entfernung bis zu 40 m, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, nicht errichtet werden. Dies gilt entsprechend für Aufschüttungen und Begrünungen größerer Länge.
3. Gemäß § 9 (2) FStrG bedürfen Bauplanungen der Zustimmung der obersten Landesstraßenbaubehörde, wenn bauliche Anlagen längs der Bundesautobahn II 20 in einer Entfernung bis zu 100 m, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, errichtet, erheblich geändert oder anders genutzt werden sollen. Die Zustimmungspflicht gilt entsprechend für bauliche Anlagen, die nach Landesrecht einseitig errichtet sind.

